

Schwerer Weg zu einer neuen Verfassung

Die komplizierte Vorgehensweise, die das Parlament im August letzten Jahres zur Durchführung der Verfassungsreform beschlossen hat (s. SOAI Nr. 3/96), verweist auf einen langen Weg, bis tatsächlich eine neue, demokratischere Verfassung in Kraft treten kann. Nachdem im Dezember 1996 die Versammlung gewählt wurde, die den neuen Verfassungsentwurf schreiben soll, kann jetzt die Arbeit an dem Werk beginnen. Der ehemalige Premierminister Anand Panyarchun wurde zum Vorsitzenden des Komitees gewählt, das direkt mit dem Entwurf befaßt ist. Andere Komitees sind u.a. für die Durchführung von regionalen Hearings sowie für die begleitende Forschungsarbeit zuständig. Die Ernennung wurde von Vertretern der Demokratiebewegung, wie Prawese Wasi begrüßt. Obwohl seine Amtszeiten nicht auf demokratische Wahlen zurückgehen (das erste Mal wurde er nach dem Militärputsch vom Februar 1991 ernannt, daß zweite Mal nach dem Rücktritt der Suchinda-Regierung infolge des Mai-Massakers 1992), gilt

Anand als einer der ernsthaftesten Verfechter demokratischer Reformen.

Ob die neue Verfassung tatsächlich zu einem demokratischeren System, faireren Wahlen und der Abschaffung des grassierenden Stimmenkaufs führen wird, ist sehr ungewiß. Zum einen muß das Parlament dem Entwurf der Verfassungsversammlung zustimmen, und im Parlament sitzen genau die Abgeordneten, von denen nicht wenige durch Stimmenkauf ihren Sitz erhalten haben. Auch die Zusammensetzung der Verfassungsversammlung selbst ist auf die Entscheidung des Parlaments zurückzuführen. Zum zweiten haben Regierungsvertreter, wie zum Beispiel Innenminister Sanoh Thienthong, Zweifel am Nutzen einer neuen Verfassung geäußert. Auch Premierminister Chavalit bekräftigte zwar erneut seine Zustimmung zu den geplanten politischen Reformen, erklärte aber, daß Stimmenkauf seiner Auffassung nach auch nach den Reformen existieren werde.

vgl. BP Online 27.12.1996, 29.12.1996, 14.1.1997, 21.1.1997

Neues Kabinett im Amt

Die Minister des neuen Kabinetts unter Premierminister Chavalit Yongchaiyuth (siehe SOAI Nr. 4/1996) haben am 1.12.1996 den Schwur zum Amtsantritt abgelegt. Wie erwartet, bekleidet Premierminister Chavalit (*New Aspiration Party*) auch das Amt des Verteidigungsministers. Amnuay Viravan (*New Aspiration Party*) nimmt als Finanzminister und einer der fünf Vize-Premiers die Koordination der Wirtschaftspolitik wahr; Sanoh Thienthong steht an der Spitze des mächtigen Innenministeri-

ums. Weitere Schlüsselposten sind: Vize-Premierminister: Sukhavit Rangsitphol (*New Aspiration*), Korn Dabaransi (*Chart Pathana*), Montree Pongpanit (*Social Action*), Samak Sundaravej (*Prachakorn Thai*). Außenminister: Prachuab Chaisarn (*Chart Pathana*). Der Vorsitzende der *Prachakorn Thai*, Samak Sundaravej, sagte dem Kabinett eine Lebensdauer von nur einem Jahr voraus, da die Angriffe der oppositionellen *Democrat Party* sehr hart sein werden.

vgl. BP u. The Nation Online, 29.11.96

Noch keine Einigung über Slumräumung

Wie in einer Sitzung unter Leitung des Vize-Innenministers Ruengvit Lik beschlossen wurde, sollen mehrere Slums in Bangkok geräumt werden. Jede betroffene Familie soll 5.000 Baht Entschädigung erhalten, außerdem werden alternative Wohnorte angeboten. Das "Forum der Armen", das in den letzten

Monaten mehrere Demonstrationen vor dem Regierungsgebäude organisiert hatte, um die Interessen der ländlichen Bevölkerung und der städtischen Armen zu verteidigen, fordert höhere Entschädigungen und bessere Bedingungen für die Betroffenen.

vgl. BP Online 1.2.1997

Minister autorisiert Geldgeschenke

Der Vize-Innenminister und Parlamentsabgeordnete der *Chart-Pathana*-Partei, Pairote Lohsunthorn, hielt bei einer Antrittsreise im Gespräch mit Beamten der Landverwaltung im Dezember 1996 eine kuriose Rede. Es spreche nichts dagegen, so der Minister, daß die Beamten bei Landtransaktionen Geschenke annehmen, auch wenn es sich dabei um siebenstelligen Bahtbeträge handelt, solange diese Beträge nicht vom Beamten selbst verlangt werden. Diese

Zahlungen seien mit Trinkgeldern im Restaurant vergleichbar. Die Bemerkungen des Ministers lösten nicht nur eine lebhafte Pressereaktion aus, sondern zwangen auch Innenminister Sanoh und Premierminister Chavalit, öffentlich klarzustellen, daß Beschwerden über Bestechung weiterhin nachgegangen werde und die Annahme von Geldgeschenken nicht akzeptabel sei.

vgl. BP Online 18.12.1996, 19.12.1996, 23.12.1996

Flüchtlingslager abgebrannt

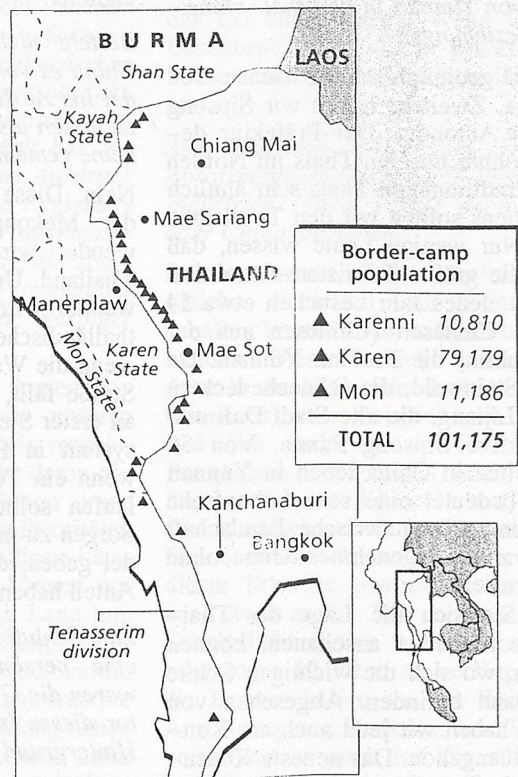
Zwei Flüchtlingslager an der thailändisch-burmesischen Grenze, in denen mehr als 10.000 Personen untergebracht waren, wurden Ende Januar in einem Überraschungsangriff zerstört. Während die Bewohner der Camps überwiegend Familienangehörige von Mitgliedern der oppositionellen *Karen National Union* waren, handelt es sich bei den Angreifern um Einhei-

ten der *Democratic Karen Buddhist Army*, die die Militärregierung in Rangun unterstützt. Die obdachlosen Flüchtlinge wurden vorübergehend in Schulen und Tempeln untergebracht; das thailändische Außenministerium hat eine offizielle Beschwerde beim burmesischen Botschafter eingereicht.

vgl. BP Online, 30.1.1997, 5.2.1997

PERILOUS REFUGE

Refugee camps along the border are vulnerable to attack from Burma



REVIEW GRAPHIC/INNO CHUNG

Flüchtlingslager entlang der Grenze

aus: FEER v. 6.3.1997, S. 34

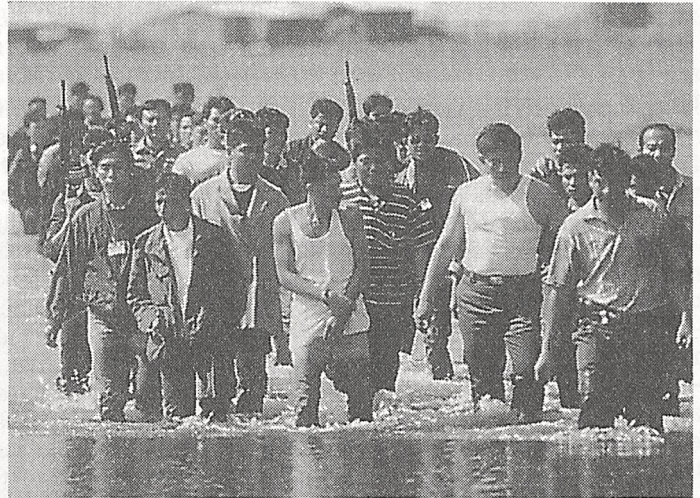
Polizisten erschießen Drogenverdächtige

Sechs des Drogenhandels Verdächtige sind von Polizisten in der Provinz Suphan Buri erschossen worden, nachdem sie bereits festgenommen waren. Die Polizei verteidigte die außergerichtliche Erschießung mit dem Hinweis auf den harten Kampf gegen den organisierten Drogenhandel und angeblichen Widerstand der Verhafteten gegen die Staatsgewalt. Das Vorgehen der Polizei hat landesweit Kritik ausgelöst, zumal die Leichen auf Veranlassung der Polizei zügig beseitigt und beerdigt wurden, anstatt eine genaue Untersuchung zuzulassen. Premierminister Chavalit und Innen-

minister Sanoh nahmen die Polizei in Schutz und kritisierten die *Democrat Party*, die mit ihrem Protest im Parlament lediglich ihr Bild in der Öffentlichkeit verbessern wolle. Die Forderung der Opposition nach Einberufung eines Untersuchungsausschusses ist vom Kabinett abgelehnt worden.

Die ungesetzliche Tötung Verdächtiger durch Polizeieinheiten ist auch einer der Hauptkritikpunkte des kürzlich veröffentlichten Berichts des US-Außenministeriums über die Situation der Menschenrechte in Thailand.

vgl. BP Online 14.1.1997, 15.1.1997, eigene Quellen.



Thailändische Polizei eskortiert mit Handschellen gefesselte mutmaßliche Drogenhändler. Die Verdächtigen wurden später erschossen aufgefunden.
aus: FEER v. 12.12.1996, S. 15

Parlamentarier beim Kartenspielen erwischt

Zwei Parlamentarier – Kachornsak Srisawat von der *New Aspiration Party* und Naronglert Surapol von der *Social Action Party* – sind Anfang Januar beim Kartenspielen im Parlamentsclub fotografiert worden, während im Parlament eine Debatte lief. Das Foto erschien in einer thailändischen Zeitung unter der Überschrift "Die schwere Aufgabe der Parlamentarier". Die Zeitung berichtete, daß die beiden Abgeordneten bemerkten, daß sie fotografiert wurden und dem diensthabenden Polizisten zuriefen, er solle den davonlaufenden Fotografen festnehmen. Der Parlamentspräsident Wan Mohammad Nor Matha erklärte, daß das Parlamentsgebäude Teil des königlichen Besitzes sei, und Kartenspielen dort deshalb völlig unangemessen sei.

vgl. BP Online, 11.1.1997

Neues Gewerkschaftsgesetz

Am 18.12.1996 ist der Gesetzesentwurf über die Arbeitsbeziehungen in Staatsbetrieben in erster Lesung verabschiedet worden. Der Entwurf läßt die Gründung von Gewerkschaften in Staatsbetrieben zu, verbietet aber die Durchführung von Versammlungen während der Arbeitszeit und beschränkt die Möglichkeiten des Zusammenschlusses mit Gewerkschaftsorganisationen des privatwirtschaftlichen Sektors. Die Gewerkschaftsbewegung hat deshalb gegen die Verabschiedung protestiert und hervorgehoben, der Entwurf entspreche nicht der ursprünglichen Version, sondern enthalte nicht akzeptable Änderungen durch den Senat (Oberhaus).

vgl. BP Online, 19.12.1996, 20.12.1996, 23.12.1996

Senator: Rücktrittsforderung wg. Mordverdacht

Senator Sukhum Cherdchuen wird verdächtigt, den Mord an einem Arzt des Chulalongkorn-Krankenhauses initiiert und einen Berufskiller beauftragt zu haben. Innenminister Sanoh hat den Verdächtigten aufgefordert, sein

Amt niederzulegen, um die Aufklärung zu ermöglichen. Die parlamentarische Immunität, die der Senator genießt, endet allerdings ohnehin mit dem Beginn der sitzungsfreien Zeit am 20. Februar.

vgl. BP Online 17.1.1997

Brandstiftung nach Verhandlungsscheitern

Am 17. Dezember 1996 ist die Fabrikhalle der *Sanyo Universal Electric Company* nach Brandstiftung in Flammen aufgegangen, wobei nach vorläufigen Schätzungen ein Schaden von etwa 100 Mio. Baht entstand. Dem Brand waren gescheiterte Verhandlungen zwischen den Arbeitern und der Unternehmensleitung über Bonuszahlungen vorgegangen. Bei der Fabrik handelt es sich um eine Niederlassung des japanischen *Sanyo*-Unternehmens. 15 Arbeiter wurden verhaftet, gestanden jedoch lediglich, während der Proteste Steine gegen das Gebäude geworfen zu

haben. Der Vize-Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes Labour Congress of Thailand (LCT) verurteilte die Brandstiftung und betonte, daß seine Organisation stets die friedliche Lösung von Arbeitskonflikten angestrebt habe. Vertreter der japanischen Handelskammer und japanischer Unternehmen betrachteten die Brandstiftung als negativen Faktor für zukünftige Investitionsentscheidungen in Thailand. Die Auszahlung der Löhne und des vom Unternehmen zugestandenen Bonus am 23.12.1996 verlief ohne größere Zwischenfälle.

vgl. BP Online, 19.12.1996, 20.12.1996, 23.12.1996, 24.12.1996

- Anzeige -

Schwerpunkt

Türkei
und Menschenrechte

Außerdem:
Prozesse – Lebenslang für Birgit Hogefeld
§ 129 a – Beugehaft gegen Ursel Quack
Kurdenverfolgung – „Man versucht alles so hinzukriegen, wie es gerade paßt“
Antifa – Polizeiübergriffe am 9. November
Internationales – Benjamin Ramos Vega
Hauptverhandlungshaft – Der besondere Charme der Klassenjustiz

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden
und bei Eurer Ortsgruppe
oder für 5,- DM in Briefmarken bei:
Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 75141

DIE ROTE HILFE

1/97